

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Steuerreformgesetzes 1990 — Drucksachen 11/2157, 11/2226, 11/2299, 11/2529, 11/2536 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 24 wird gestrichen.

Bonn, den 23. Juni 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Fraktion der SPD lehnt die Mineralölsteuerbefreiung für den inländischen Gelegenheitsverkehr der Luftunternehmen und für Privatflieger mit großem Nachdruck ab. Diese Maßnahme zeigt, daß die Bundesregierung jedes Augenmaß für steuerliche Gerechtigkeit verloren hat, weil Privat- und Hobbyflieger einerseits in den Genuß einer im Einzelfall erheblichen Mineralölsteuersubvention kommen sollen, während andererseits für die breite Masse der Autofahrer eine massive Mineralölsteuererhöhung ab 1989 angekündigt worden ist. Nach den neuen, vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Zahlen führt die Steuerbefreiung für die Privatflieger zu Steuermindereinnahmen von 25 Mio. DM. Die rd. 7 000 Privat- und Hobbyflieger werden damit nicht nur – wie bisher angenommen – eine neue Subvention von durchschnittlich 2 000 DM, sondern sogar von 3 500 DM jährlich erhalten. Die Fraktion der SPD begründet die Ablehnung der Maßnahme auch damit, daß Flugbenzin umweltschädlich ist, weil es bis zu viermal mehr Blei als das verbleite Autobenzin enthält. Zugleich verweist sie darauf, daß mit der Verteilung von steuerfreiem Flugbenzin an die rd. 7 000 kleinen Luftfahrzeuge auf den rd. 550 kleinen Flugplätzen ein erheblicher zusätzlicher Verwaltungs- und Überwachungsaufwand erforderlich ist, während die heutige Regelung einfach und praktikabel ist. Schließlich ist festzustellen, daß die Mineralölsteuerbefreiung für die genannten Luftfahrtbetriebsstoffe den Vorschlägen der EG-Kommission zur Harmonisierung der Mineralölsteuer widerspricht.

